

Antrag 309/II/2023**Katharina Zobel, Luise Harder, Luise Lehmann, Jana Bertels, Julia Selge****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: AH Fraktion (Konsens)****Keine finanziellen Kürzungen im Bereich der Gewaltprävention, Beratung und Schutz Betroffener!**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats und die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhaus dazu auf, dass die Finanzierung von Bildungsangeboten gegen Gewalt an marginalisierten Gruppen und im Bereich Gewaltprävention, Beratung und Schutz Betroffener aufrechterhalten und in den kommenden Jahren ausnahmslos weiterhin gewährleistet wird.

9

10 Begründung

11 Immer mehr Frauen und Kinder sind von häuslicher Gewalt betroffen, der Hass auf queere Menschen nimmt zu, es gibt mehr Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. Gewaltprävention, die Beratung und der Schutz Betroffener sind unabdingbare Bestandteile unserer Gesellschaft, um das Wohlergehen und die Sicherheit unserer Bürger:innen zu gewährleisten. Gewalttaten verursachen nicht nur physische und psychische Schäden, sondern belasten auch unsere Gemeinschaft und die sozialen Strukturen. Die Prävention von Gewalt gilt dabei als vorrangiges Ziel.

21

22 Bereits nach der Eröffnung eines achten Berliner Frauenhauses vor einigen Wochen stand fest: die 40 neu geschaffenen Plätze werden nicht reichen. Erst im Juli dieses Jahres veröffentlichte das Bundeskriminalamt einen Bericht zur Häuslichen Gewalt: Mindestens 454 Frauen sind im letzten Jahr im Rahmen von häuslicher Gewalt ums Leben gekommen. Insgesamt stieg die Zahl der Opfer häuslicher Gewalt um 8,5%. Dazu gehören auch Kinder und Jugendliche, sie bilden die größte Opfergruppe im Rahmen innerfamiliärer Gewalt. Auch Personen mit Beeinträchtigungen wurden 2022 vermehrt Opfer von Partnerschaftsgewalt und innerfamiliärer Gewalt.

34

35 Jedes Jahr geht erneut ein kleiner Aufschrei durch unsere Gesellschaft, weil die Zahlen so erschüttern – Tatsache ist jedoch, dass sie nicht überraschen und es sich hierbei um kein neues gesellschaftliches Problem handelt.

39

40 Die Senkung oder Kürzung von Mitteln für Gewaltpräventionsprogramme könnte schwerwiegende Folgen haben. Diese Programme sind darauf ausgerichtet, Frühwarnzeichen zu erkennen, Opfern zu helfen und potenzielle Täter zu intervenieren, bevor Gewalt eskaliert. Durch diese Programme werden nicht nur Leben gerettet, sondern auch erhebliche Kosten für medizinische Versorgung, Strafverfolgung und Rehabilitation vermieden. Anstelle von Mit-

48 telkürzungen bräuchten wir bspw. mehr Schutzplätze für
49 von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder, inklusive
50 des Ausbaus von Frauenhäusern und Schutzwohnungen.
51 Die Finanzierung von Gewaltpräventionsprogrammen ist
52 unerlässlich, es braucht Sensibilisierungs-Trainings und
53 mehr als reine Beileidsbekundungen. Haushaltsentschei-
54 dungen können schwerwiegend sein und es ist oft schwie-
55 rig, Prioritäten zu setzen. Dennoch darf die Sicherheit un-
56 serer Bürger:innen nicht aufs Spiel gesetzt werden. Denn
57 eines steht fest: der Schutz marginalisierter Gruppen geht
58 uns alle an.

59

60 Wir appellieren deshalb an den Senat und das Abgeord-
61 netenhaus, eine ausnahmslose Weiterfinanzierung der
62 Gewaltpräventionsmaßnahmen, der Beratung und dem
63 Schutz betroffener Menschen in den kommenden Jahren
64 sicherzustellen. Dies ist nicht nur eine ethische Verpflich-
65 tung, sondern auch eine Investition in die Zukunft unserer
66 Gesellschaft.

67

68 Wir sind überzeugt, dass die Beibehaltung dieser Mittel
69 zwingend notwendig ist und es in diesem Bereich keiner-
70 lei Verhandlungsspielraum nach unten geben darf.